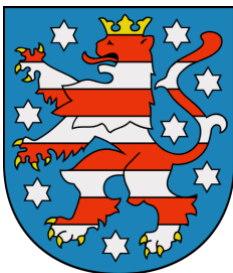


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Politische Kultur in Stadt und Land Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2022

Prof. Dr. Marion Reiser (wissenschaftliche Leitung)
Dr. Anne Küppers
Volker Brandy
Dr. Jörg Hebenstreit
Dr. Lars Vogel

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Politikwissenschaft
KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung,
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA



KOMREX

Zusammenfassung des THÜRINGEN-MONITORS 2022

Der THÜRINGEN-MONITOR 2022 setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die Entwicklung der politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus untersucht. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basiert auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.885 wahlberechtigten Thüringer:innen, die vom 19. September bis 6. Dezember 2022 durchgeführt wurde.

Das diesjährige Schwerpunktthema des THÜRINGEN-MONITORS lautet „Politische Kultur in Stadt und Land“, das in Kooperation mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen entwickelt wurde. Die IBA Thüringen stellt in diesem Jahr die Abschlussergebnisse zu ihrem zentralen Thema „StadtLand“ vor, um „von Thüringen zu lernen“. Dafür sind gerade auch die Perspektiven und Einstellungen der Thüringer:innen ganz wesentlich: Welche Wahrnehmungen haben die Thüringer:innen von „Stadt“ und „Land“? Wie zufrieden sind die Bewohner:innen mit den Lebens- und Strukturbedingungen in ihren Gemeinden? Und bestehen Stadt-Land-Unterschiede in den politischen Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus?

Diese Fragestellungen greift der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR mit seinem Schwerpunktthema auf. Die Untersuchung der politischen Kultur aus einer Stadt-Land-Perspektive ist gerade auch für das insgesamt ländlich geprägte Thüringen wichtig: So argumentiert u. a. die Geschäftsführerin der IBA Thüringen, Marta Doehler-Behzadi (2021, 593), dass die einst klaren räumlichen Grenzen zwischen „Stadt“ und „Land“ zunehmend verschwimmen. Aufgrund der Annäherung der Lebenswelten in Stadt und Land würde somit eher ein Stadt-Land-Kontinuum den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Dieser Wahrnehmung steht jedoch die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion um sogenannte „abgehängte“ ländliche bzw. periphere Regionen gegenüber. So seien diese abgehängten Regionen durch einen wirtschaftlichen Niedergang, eine schlechte Infrastrukturanbindung, Abwanderung und Überalterung charakterisiert (u. a. De Lange 2022; Diermeier 2020; Rodríguez-Pose 2018). Wenn sich die Einwohner:innen in diesen Regionen daher – wirtschaftlich, politisch oder kulturell – „abgehängt“ fühlen, kann sich dies auch auf eine Unzufriedenheit mit der Demokratie, ihren Institutionen und Akteuren auswirken. Auch rechtsextreme und populistische Einstellungen werden in diesen Studien auf die gefühlte Benachteiligung der Personen selbst bzw. den Regionen in denen sie leben zurückgeführt.

Die Analyse der strukturellen Rahmenbedingungen zwischen Stadt und Land in Thüringen zeigt tatsächlich z. T. erhebliche Unterschiede: Die Stadtbewohner:innen haben kürzere Wege, etwa zum Supermarkt oder Fernverkehrsbahnhof, eine bessere Versorgung mit dem öffentlichen Nahverkehr und schnelleres Internet als die Menschen in den Landkreisen. Auch die erbrachte Wirtschaftsleistung ist in den fünf kreisfreien Städten insgesamt höher als in den Landkreisen, wobei dort hingegen die Haushaltseinkommen höher sind. Dennoch kann in Thüringen nicht von einheitlichen Stadt-Land-Unterschieden gesprochen werden: Sowohl innerhalb der Städte als auch innerhalb der Landkreise gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede bezüglich der demographischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bedingungen.

Vor diesem Hintergrund untersucht der THÜRINGEN-MONITOR, ob sich diese regionalen Muster und Unterschiede in den Wahrnehmungen und Einstellungen der Thüringer Bevölkerung widerspiegeln und wie sich dies auf die politische Kultur im Freistaat auswirkt. Dazu wurden die Thüringer Landkreise und kreisfreien Städte auf Basis einer

Vielzahl von Indikatoren (u. a. Bevölkerungsdichte, Erreichbarkeit städtischer Zentren, Anteil landwirtschaftlicher Fläche) in die vier Ländlichkeitsklassen „städtisch“, „etwas ländlich“, „moderat ländlich“ sowie „sehr ländlich“ eingeteilt.

Die Analysen des diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR zeigen im Ergebnis, dass auch im eher kleinen und ländlich geprägten Freistaat zum Teil große Unterschiede bei den Struktur- und Lebensbedingungen zwischen „Stadt“ und „Land“ bestehen. Die Zufriedenheit mit Praxis der Demokratie und das Vertrauen in die staatlichen Institutionen sind im Vergleich zu den Vorjahren stark zurückgegangen und befinden sich auf dem niedrigsten Niveau seit 16 Jahren. Insbesondere in den ländlichen Regionen ist die Unterstützung der Demokratie auf einem sehr niedrigen Niveau, während demokratiegefährdende Einstellungen wie Rechtsextremismus, Populismus und Antisemitismus dort stärker vertreten sind. Insgesamt ist die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen gegenüber dem Vorjahr mit zwölf Prozent auf demselben niedrigen Niveau wie 2021. Das Gefühl des ‚Abgehängtseins‘ von der Bundes- und Landespolitik ist in Thüringen weit verbreitet und kein Phänomen, das ausschließlich in ländlichen und peripheren Regionen vorzufinden ist – allerdings ist es in den ländlichen Regionen und in Regionen mit negativer wirtschaftlicher Entwicklung noch einmal stärker ausgeprägt.

„Stadt“ und „Land“ aus Sicht der Thüringer:innen

Auf unsere offene Frage, woran sie als erstes denken, wenn sie die Begriffe „Stadt“ bzw. „Land“ hören, haben die Thüringer:innen klare Assoziationen: Thüringens ländliche Regionen sind für die große Mehrheit ruhige Flecken in der Natur, die zwar schlecht an die Zentren angebunden sind, aber in denen ein großer sozialer Zusammenhalt

herrscht. Städte hingegen bieten der Wahrnehmung nach v. a. ein reichhaltiges Angebot an Einkaufs-, Kultur und Freizeitmöglichkeiten, die gut mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sind. Die Städte werden auch als vielfältiger, moderner und offener wahrgenommen, gleichzeitig aber auch – vor allem von den Landbewohner:innen – als etwas überlaufen und hektisch.

Diese Stereotype spiegeln sich auch in der Zufriedenheit der Thüringer:innen mit den Struktur- und Lebensbedingungen in ihrer eigenen Gemeinde wider: So sind die Thüringer:innen in den ländlichen Regionen mit der vorhandenen Infrastruktur und dem Angebot an sowie der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge – von Einkaufsmöglichkeiten, Fach- und Hausärzt:innen bis zum öffentlichen Nahverkehr – deutlich unzufriedener als ihre Mitbürger:innen in den großen Städten. Hingegen bestehen jedoch bei Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Pflegediensten und der mobilen Datenversorgung keine Stadt-Land-Unterschiede und eine insgesamt hohe Zufriedenheit. Während der Fachkräftemangel landesweit als Herausforderung wahrgenommen wird, sehen Stadtbewohner:innen bezahlbare Mieten und Landbewohner:innen die Abwanderung junger Menschen als jeweils spezifisches Problem. Die Landbewohner:innen sind auch häufig unzufriedener mit der wirtschaftlichen Lage ihrer Gemeinde, während das soziale Gefüge im Freistaat durchgängig als intakt bewertet wird: Die Thüringer:innen sehen ihre Gemeinden als sozial gut vernetzt an; es herrscht eine hohe Zufriedenheit mit der Hilfsbereitschaft unter Nachbar:innen, der Aktivität von Vereinen sowie der Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement.

In der Gesamtbetrachtung fühlen sich die Thüringer:innen in Stadt *und* Land – übereinstimmend mit den Ergebnissen früherer THÜRINGEN-MONITORE – ihrer Gemeinde sehr stark verbunden und nehmen sie mehrheitlich als einen „attraktiven Ort zum Leben“ wahr. Gleichzeitig

kann in der Bewertung der Befragten jedoch auch eine gewisse Verfestigung von „Verlierer-“ und „Gewinnerregionen“ festgestellt werden: Befragte, die ihrer Gemeinde für die vergangenen zehn bis 15 Jahre ein positives Zeugnis ausstellen, gehen auch von einem weiteren positiven Trend aus – diese Prognose besteht besonders stark in den Städten. Befragte, die ihrer Gemeinde über die letzten Jahre eine negative Entwicklung attestieren, erwarten auch eher, dass sich dieser negative Trend fortsetzt. Diese Befürchtung findet sich deutlich stärker in den ländlichen Regionen als in den Thüringer Städten und ist stark mit der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort verknüpft.

Gefühl des „Abgehängtseins“

Fühlen sich die Thüringer:innen in ländlichen bzw. peripheren Regionen aufgrund dieser wahrgenommen Unterschiede in den Struktur- und Lebensbedingungen daher, wie häufig in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte vermutet, politisch, wirtschaftspolitisch bzw. sozial „abgehängt(er)“ als in den Städten? Insgesamt äußert im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR in Bezug auf die Bundespolitik die große Mehrheit von 70 Prozent der befragten Thüringer:innen, dass sich die Politiker in Berlin nicht ausreichend für die Region, in der sie leben, interessiert. Ebenso viele sind der Ansicht, dass die Politik in Berlin zu wenig getan habe, um die wirtschaftliche Situation ihrer Region zu verbessern. Dass die Menschen im Rest von Deutschland nicht die Lebensweise in der jeweiligen Region verstehen und respektieren, denken mit einem Anteil von 37 Prozent zwar deutlich weniger Thüringer:innen. Dennoch bedeutet dies, dass sich mehr als ein Drittel der befragten Thüringer:innen als „kulturell abgehängt“ fühlt. Insgesamt ist das Gefühl des „Abgehängtseins“ kein Phänomen, das ausschließlich in ländlichen und peripheren Regionen vorzufinden ist. Stattdessen gibt es diese Wahrnehmung der Benachteiligung überall in Thüringen; sie ist aber in den ländlichen

Regionen noch einmal stärker ausgeprägt. Zudem fühlen sich jene Befragte, die eine negative Entwicklung ihrer Gemeinde – gerade in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Abwanderung – beobachtet haben, eher „abgehängt“.

Deutlich schwächer fällt das Gefühl des „Abgehängtseins“ hingegen in Bezug auf den Thüringer Kontext aus. Dennoch denkt eine knappe Mehrheit der Befragten (53 Prozent), dass sich die Landespolitik nicht ausreichend für die wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Region eingesetzt hat; 41 Prozent denken, dass sich die Thüringer Politik nicht ausreichend für ihre Region interessiert. Hingegen ist nur ein knappes Fünftel (18 Prozent) der Ansicht, die Menschen im Rest des Freistaates würden die Lebensweise in ihrer Region nicht respektieren. Unterschiede lassen sich v. a. zwischen den beiden großen Städten Erfurt und Jena auf der einen sowie den ländlichen Regionen auf der anderen Seite erkennen. Insgesamt hängt das Gefühl des „Abgehängtseins“ jedoch weniger von der konkreten Unzufriedenheit mit den Struktur- und Lebensbedingungen vor Ort zusammen, sondern vielmehr von einer generellen Wahrnehmung, sozial benachteiligt zu sein (Deprivation), als Ostdeutsche benachteiligt zu sein (Ostdeprivation) und besorgt zu sein, „auf die Verliererseite des Lebens zu geraten“ (Statusverlustangst).

Dieses Gefühl des „Abgehängtseins“ wirkt sich entscheidend und z. T. stark auf die politischen Einstellungen der Thüringer:innen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus aus. So zeigt die Untersuchung, dass Bürger:innen in ländlichen Regionen mit dem Funktionieren der Demokratie deutlich unzufriedener sind als die Bewohner:innen der großen Städte: Während landesweit 48 Prozent angeben, mit der aktuellen Praxis der Demokratie zufrieden zu sein, ist die regionale Verteilung sehr unterschiedlich: In den großen Städten äußern dies 64 Prozent, während in den sehr ländlichen Regionen lediglich 41 Prozent zufrieden sind. Ein ähnliches Muster

zeigt sich auch hinsichtlich des Vertrauens in die Bundesregierung und die Landesregierung. Auch bezogen auf den Eindruck, dass sich Politiker:innen darum bemühen, die Interessen der Bevölkerung zu vertreten, gibt es eine deutliche Stadt-Land-Kluft. Darüber hinaus kommen auch rechtsextreme, populistische und antisemitische Einstellungen in ländlichen Gebieten signifikant häufiger vor als in den Städten. Neben den individuellen Faktoren, die diese Einstellungsmuster beeinflussen, hängen diese Stadt-Land-Unterschiede auch von den Bewertungen der lokalen Struktur- und Lebensbedingungen sowie insbesondere auch vom Gefühl des „Abgehängtseins“ ab.

Insgesamt zeigt somit die Untersuchung auf Basis der vier Ländlichkeitsklassen, dass selbst in einem eher kleinen und ländlich geprägten Bundesland wie Thüringen z. T. erhebliche Einstellungsunterschiede zwischen „Stadt“ und „Land“ bestehen. Die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie mit ihren Akteuren und Institutionen ist in den ländlichen Regionen auf einem besorgniserregenden Niveau und auch demokratiegefährdende Einstellungen wie Rechtsextremismus und Populismus sind dort stärker vertreten. Dieser Befund deckt sich mit Befunden der internationalen Forschung (vgl. u.a. OECD 2022), sodass die Ergebnisse für Thüringen keine Ausnahme sind. Dieses Ergebnis stellt ebenso wie die regional sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen von Benachteiligungen und des „Abgehängtseins“ eine große Herausforderung für die politische Kultur im Freistaat dar. Daher sollten diese regionalen Differenzen von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft zukünftig stärker in den Blick genommen werden.

Demokratische Einstellungen

Eine wichtige Aufgabe des THÜRINGEN-MONITORS ist es, jährlich die Entwicklung der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung

zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus empirisch zu untersuchen. Während die Corona-Pandemie und ihre Folgen die politische Kultur in Thüringen in den Jahren 2020 und 2021 stark beeinflusste, verschob sich der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine schlagartig zu Beginn des Jahres 2022. Davon ausgehend prägten zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2022 die Energiekrise und der Energiepreisschock, die höchste Inflation seit mehr als 70 Jahren, aber auch die Klimakrise die öffentliche Diskussion. Dies hat sich auch sehr deutlich auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation niedergeschlagen. Die befragten Thüringer:innen waren diesbezüglich so skeptisch wie selten zuvor, und die wirtschaftliche Lage Thüringens wurde so schlecht beurteilt wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Vor diesem Hintergrund hat der THÜRINGEN-MONITOR untersucht, inwiefern sich diese aus politischen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen zusammensetzende Vielfachkrise auf die politischen Einstellungen in Thüringen auswirkt.

Während der Corona-Pandemie waren für die Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit in den THÜRINGEN-MONITOREN 2020 und 2021 Rekordwerte in der Langzeitentwicklung festgestellt worden. Im Vergleich zu diesen Höchstständen sank die Demokratieunterstützung deutlich um fünf Prozentpunkte auf eine Zustimmung von 84 Prozent. Damit stimmen immer noch mehr als vier von fünf Personen der Aussage zu, dass die Demokratie „die beste aller Staatsideen ist“, was in der Langzeitbetrachtung einen vergleichsweise hohen Wert darstellt. Wesentlich stärker fällt der Rückgang im Falle der Demokratiezufriedenheit aus. Dieser ging im Vergleich zum Vorjahr stark um 17 Prozentpunkte auf einen gegenwärtigen Zufriedenheitswert von 48 Prozent zurück. Dies markiert damit den stärksten Rückgang seit Beginn der Erhebung der Demokratiezufriedenheit im Zuge des THÜRINGEN-MONITORS im Jahr

2001. Waren noch vor zwei Jahren knapp zwei Drittel der Befragten „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ zufrieden, zeigt sich im Jahr 2022 somit eine (knappe) Mehrheit der Bürger:innen als unzufrieden.

Ein ähnlicher Trend besteht auch hinsichtlich des Vertrauens in die Bundes- und Landesregierung: So sank das Vertrauen in die Bundesregierung das zweite Jahr in Folge und ging stark um 15 Prozentpunkte auf aktuell 22 Prozent zurück – dies ist damit der niedrigste Vertrauenswert seit 16 Jahren. Auch der Thüringer Landesregierung vertrauen nunmehr nur noch 40 Prozent der Befragten (im Vergleich zu 53 Prozent im Jahr 2020). Wie oben ausgeführt, liegen die Werte dabei v. a. in den ländlichen Regionen nochmals deutlich niedriger und damit auf einem äußerst niedrigen Niveau. Die allgemein höhere Unzufriedenheit mit dem politischen System spiegelt sich auch in einer damit zusammenhängenden gestiegenen Bereitschaft für die Teilnahme an – genehmigten wie nicht genehmigten – Demonstrationen.

Der starke Rückgang der Demokratiezufriedenheit und des Vertrauens in Landes- und Bundesregierung kann einerseits auf eine Normalisierung nach dem „Rally-around-the-flag“-Effekt (vgl. Dietz et al. 2021) der Jahre 2020 bis 2021 zurückgeführt werden. Dieser Effekt beschreibt die außergewöhnlich hohen Zustimmungsraten für die Praxis der Demokratie und die Regierungen in Krisenzeiten und konnte in den Pandemie Jahren auch in Thüringen festgestellt werden. Andererseits ist jedoch anzunehmen, dass der zu beobachtende Rückgang auch durch das Handeln der Regierungen in der aktuellen Vielfachkrise beeinflusst ist. Dafür spricht auch, dass die Werte für Thüringen in der Tendenz den in anderen Studien gemessenen Vertrauens- und Zufriedenheitswerten für Gesamtdeutschland entsprechen (vgl. u. a. Best et al. 2023).

Positiv ist anzumerken, dass das geringe Vertrauen in staatliche Institutionen und die niedrige Demokratiezufriedenheit jedoch nicht zu einem Anstieg der Zustimmung zu alternativen Gesellschaftsordnungen – Diktatur und Nationalsozialismus – geführt hat. Sie werden nun von so wenigen Thüringer:innen unterstützt wie seit dem Erhebungsbeginn im Jahr 2001 nicht. Darüber hinaus ist auch das Vertrauen in politikferne Institutionen (v. a. Gerichte) und in Bürgermeister:innen als wichtige lokale Akteure nicht gesunken. Dennoch lässt sich insgesamt festhalten, dass die Unterstützung für das politische System mit seinen Institutionen und Akteuren im vergangenen Jahr unter Druck geraten ist.

Populismus, Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen liegt in Thüringen im Vergleich zum Vorjahr auf demselben Niveau. So zeigt das auf der Konsensdefinition aufbauende und im THÜRINGEN-MONITOR bewährte Messinstrument einen Anteil von zwölf Prozent an einstellungsmäßigem Rechtsextremismus. Obgleich er damit auf dem Tiefstand seit Beginn der Messungen im Jahr 2001 verharret, ist der während der Corona-Pandemie erkennbare Rückgang gestoppt. Die weit überwiegende Mehrheit der Thüringer:innen ist somit auch im Jahr 2022 nicht rechtsextrem eingestellt.

Der THÜRINGEN-MONITOR hat in diesem Jahr erneut einen Fokus auf neuere ideologische und strategische Veränderungen auf der äußerst rechten Seite des politischen Spektrums gelegt. So wurden insbesondere die als populistisch und neurechts bezeichneten ideologischen Konzepte in ihrer Verbindung mit rechtsextremen Einstellungen untersucht. Auf dieser Basis zeigt sich wie schon im Vorjahr, dass Populismus und Rechtsextremismus unter den Thüringer:innen zwei getrennte Einstellungsmuster sind, die dennoch

Überschneidungen und Anknüpfungspunkte bei ethnozentrischen Einstellungen besitzen. Fast 60 Prozent der Thüringer:innen sind als populistisch eingestellt zu bezeichnen – im Vorjahr waren es mit 48 Prozent noch deutlich weniger. Dieses Einstellungsmuster ist neben einer Ablehnung der staatlichen Institutionen insbesondere durch den Anti-Elitismus geprägt. So stimmen u. a. mit 64 Prozent fast zwei Drittel der Befragten der Aussage zu, dass die „Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft (...) *gegen* die Interessen der einfachen Bevölkerung“ handeln. 81 Prozent glauben, dass sich die Politiker immer dann einig sind, „wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen“. Rund 70 Prozent dieser Populist:innen – das entspricht 40 Prozent aller Thüringer:innen – teilen jedoch weder einen rechtsextrem-autoritären Ethnozentrismus noch die rechtsextrem motivierte Demokratieablehnung. Der einstellungsmäßige Populismus in Thüringen kann daher überwiegend *nicht* als rechtspopulistisch bezeichnet werden. Nur eine Minderheit der Populist:innen teilt gleichzeitig rechtsextreme Einstellungen. Insgesamt können daher 13 Prozent der Thüringer:innen als rechtspopulistisch eingestellt gelten. Neurechte Positionen werden von unterschiedlich großen Teilen der Thüringer Bevölkerung geteilt. So stimmen 61 Prozent der Thüringer:innen der Aussage zu „Es ist Zeit, Widerstand gegen die aktuelle Politik zu leisten“ – dies markiert damit einen sehr starken Anstieg im Vergleich zum Vorjahr (37 Prozent). Mit 64 Prozent stimmen knapp zwei Drittel der Aussage zu „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand“. 18 Prozent meinen, die herrschenden Eliten verfolgen das Ziel, „das deutsche Volk durch Einwanderer auszutauschen“. Dennoch kann auf Basis der Untersuchung kein eigenständiges neurechtes Einstellungsmuster identifiziert werden. Die Zustimmung zu diesen aus neurechten Denkfiguren abgeleiteten Aussagen erfolgt stattdessen als Ausdruck

entweder populistischer Einstellung oder rechtsextremer Demokratieablehnung.

Nachdem in den letzten beiden Jahren die Zustimmungswerte bei einigen Aussagen über ethnische, kulturelle und soziale Gruppen gesunken waren, sind die abwertende Einstellungen gegenüber Muslim:innen und Migrant:innen in diesem Jahr wieder leicht, aber z.T. nicht statistisch signifikant, angestiegen. So sind 41 Prozent der Befragten der Meinung, „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ (gegenüber 37 Prozent im Vorjahr). Auch glauben 47 Prozent, dass „Die Bundesrepublik [...] durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. 45 Prozent glauben, „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren *nicht* unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind“, was einen Anstieg um sechs Prozentpunkte bedeutet. Wie in den Vorjahren besteht eine überdurchschnittlich hohe Muslim:innenfeindlichkeit in den ländlichsten Landkreisen, während sie in den Städten stark unterdurchschnittlich sind. Dies lässt vermuten, dass durch positiv erlebte Kontakte mit Thüringer Muslim:innen Vorurteile abgebaut werden – dies geschieht der Kontakthypothese entsprechend (vgl. Yendell 2013) offensichtlich dort stärker, wo generell höhere Kontaktchancen bestehen.

Im Bereich der Antisemitismus-Messung des THÜRINGEN-MONITORS gibt es 2022 einen leichten, aber nicht signifikanten Anstieg auf sechs Prozent Zustimmung zur Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“ Der Wert für Thüringen entspricht damit ungefähr dem für Gesamtdeutschland in der Leipziger Autoritarismusstudie 2022 gemessenen Wert des primären Antisemitismus (vgl. Decker et al. 2022). Auf weiterhin breitere Zustimmung (41 Prozent) stößt die Aussage „Es wird immer nur von der Judenverfolgung geredet. Wie die Deutschen gelitten haben, davon redet niemand“, welche auf eine

deutsche Schuldabwehr abzielt und zum sekundären Antisemitismus gezählt wird. Der israelbezogene Antisemitismus ist in diesem Jahr deutlich und signifikant zurückgegangen. So stimmten der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ mit zwölf Prozent nur halb so viele Befragte zu wie im Vorjahr. Dennoch kann gerade auch angesichts der deutlich angestiegenen Fälle von antisemitischer Hasskriminalität und Verschwörungserzählungen keine Entwarnung gegeben werden.

Insgesamt kann, wie ausgeführt, eine häufigere Verbreitung populistischer, rechtsextremer und antisemitischer Einstellungen in den ländlichen Regionen und bei Personen, die sich von der Bundes- und Landespolitik „abgehängt“ fühlen, festgestellt werden. Entsprechend sollten gerade in diesen Regionen verstärkte Anstrengungen in der politischen Bildung und Prävention unternommen werden, um die Resilienz gegenüber antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft zu erhöhen. Ebenso wichtig erscheint es jedoch, den wahrgenommenen Benachteiligungen und gefühlten Gerechtigkeitsdefiziten in diesen ländlichen und peripheren Regionen stärker konkret zu begegnen. So wird dieses Gefühl des „Abgehängtseins“ auch von den erlebten Struktur- und Lebensbedingungen in diesen ländlichen und peripheren Regionen beeinflusst. Es ist besonders häufig dort vorzufinden, wo die Einwohner:innen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklung und der Abwanderung eine Verfestigung als „Verliererregion“ befürchten.

Der vollständige THÜRINGEN-MONITOR 2022 kann auf der Website der Thüringer Staatskanzlei als PDF-Dokument heruntergeladen werden:

<https://thueringen.de/regierung/th-monitor>

Prof. Dr. Marion Reiser

Friedrich-Schiller-Universität Jena

KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung
und gesellschaftliche Integration /

Institut für Politikwissenschaft

Carl-Zeiß-Str. 3

07743 Jena

<https://www.komrex.uni-jena.de/forschungsprojekte/thueringen-monitor>